

# Migrantenberatung steht vor dem Aus

Caritas, Diakonie, Internationaler Bund und die Awo drohen damit, die Arbeit einzustellen. Der kommende Bundeshaushalt gibt 30 Prozent weniger Zuschuss.

Von Philipp Müller

**Solingen.** Hilfsberatung für Flüchtlinge könnte finanziell ab dem kommenden Jahr unmöglich werden, klagen die katholische Caritas, die Awo, die evangelische Diakonie und der Internationale Bund. Die Solinger Vertreterinnen und Vertreter der Organisationen erklären zu Kürzungsvorschlägen für den Bundeshaushalt 2024: „Von Kürzungen zwischen 30 und 60 Prozent ist weiterhin die aktive Integrationsarbeit der Beratungsprogramme des Jugendmigrationsdienstes (JMD), der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) und die gerade erst von der Bundesregierung aufgebaute bundesweite, behördenunabhängige Asylverfahrensberatung (AVB) betroffen.“

Komme das so, werde die Awo ganz aus dem Beratungsangebot aussteigen, sagt Fariha Ertem. Mit 1,5 Stellen beraten sie in bis zu 280 Fällen pro Jahr. Alle genannten Wohlfahrtsverbände setzen in der Summe 6,5 Stellen für diese Arbeit ein. Finanziert wird das jährlich aufs Neue durch Zuschüsse vom Bund. Ulrike Kilp, Geschäftsführerin der Solinger Diakonie, rechnet vor: Die Beratung der Migranten stehe nicht nur wegen der Kürzungen der Bundesmittel auf der Kippe. Sie geht davon aus, dass durch sinkende Kirchensteuern bald keine 8,5 Millionen Euro mehr in die Stadt Solingen fließen werden. 1,5 Millionen Euro weniger werde ihr Haushalt in Kürze bereits tragen. „Der Bund legt dazu die Axt an die Beratung“, sagt sie.



**Die Trägergemeinschaft der Wohlfahrtsverbände lehnt drastische Kürzungen in der Migrationsarbeit ab und droht mit Ende der Beratung. Eine Gefahr für den sozialen Frieden sehen als Folge Ulrike Kilp (v. l.), Aleksandra Brill, Konstantin Eleftheriadis (Diakonie), Micha Thom (Internationaler Bund), Fariha Ertem, Sinem Kilic (Awo), Isabell Ribes Tang, Anita Dabrowski und Jessica Romano (Caritas).** Foto: Christian Beier

Micha Thom vermutet Methode auf Bundesebene hinter den Kürzungen: „Jetzt kommen die Träger dran.“ Wegen der „Schwarzen Null“ würde das ohne Sinn durchgedrückt. Auf kommunaler Ebene sei erst Recht keine Hilfe zu erwarten. Micha Thom diagnostiziert: „Die Kommunen werden ruiniert, weil sie die Kosten für Corona und Co. ab sofort direkt finanzieren müssen.“

**Verbände übernehmen bei der Beratung Aufgaben der Kommune**  
Die Kommune zu nennen, sei richtig, pflichtet Ulrike Kilp bei. Die Verbände würden schon längst Aufgaben der Kommunen stemmen. Durch die Kürzungen sei der soziale Friede gefährdet, werde die Beratung nicht mehr gewährleistet. Es bleibe das Ziel, dass sich Migranten integrieren. Das umfasse vier Felder: Sprache, Bildung, Arbeit und politische

Teilhabe. An diesen Punkten setze die Beratung an.

Fallen die Kürzungen mit 30 Prozent aus, koste das zwei Beratungsstellen, ist sich Ani-

**„Wir bauen Fenster in die schwarze Wand ein vor der Geflüchtete stehen.“**

Aleksandra Brill, Diakonie-Beratung

ta Dabrowski von der Caritas sicher. Dabei sei die Beratungsarbeit wichtig, erklärt Aleksandra Brill von der Diakonie: „Geflüchtete stehen am Anfang vor einer schwarzen Wand. Sie verstehen die Sprache nicht, sehen nicht, was was bedeutet. Wir bauen Fenster in diese Wand, damit alle Orientierung gewinnen.“ Das gelte auch für die vielen Menschen aus der Ukraine, die nach Solingen gekommen seien.

Die Solinger bekommen Unterstützung durch die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Diese erklärt: „Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zeigen sich angesichts der Kürzungen vorhaben im vorgelegten Bundeshaushalt für 2024 alarmiert. Dieser sieht für Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege eine Kürzung von insge-

samt etwa 25 Prozent vor. Die Verbände mahnen, dass die Kürzungen massive Einschnitte bei einer Vielzahl von sozialen Angeboten und eine nachhaltige Schwächung des Zusammenhaltes in der Gesellschaft bedeuten würden.“

Und nicht nur Migranten nutzen die Beratung. „Deutsche kommen wegen Altersarmut oder Einsamkeit zu uns“, sagt Sinem Kilic von der Awo.

## Warnungen der Bundesverbände

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hatte bereits im August deutliche Warnungen gegenüber dem Bund und der Finanzierung ausgesprochen: Die 30-prozentige Kürzung im Bereich der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte

(MBE) treffe am Ende auf die Flüchtlinge aus der Ukraine. So betont der Bundesverband mit seinem Präsidenten Michael Groß an der Spitze auf diese Einschätzung hin: „Die Nachfrage nach qualitativer Beratung ist unverändert hoch.“